

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 102 (2005)
Heft: 3

Artikel: "Es muss aufhören, dass man uns Steine in den Weg legt"
Autor: Schneider, Brigitte / Ditzler, Christophe / Goldstein, Branka
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armutsbetroffene fordern mehr Mitsprache

«Es muss aufhören, dass man uns Steine in den Weg legt»

Die SKOS betreibe Ausgrenzung statt Integration. Das führe zu Krankheit und Tod. Diesen Vorwurf richten Mitglieder der Armutskonferenz und der IG-Sozialhilfe an die SKOS.

Die Armutskonferenz und die IG Sozialhilfe haben der SKOS zum 100. Geburtstag nicht gratuliert, sondern an der Jubiläumsveranstaltung in Luzern demonstriert. Warum?

Brigitte Schneider: Wir waren dort, weil wir gegen die Kürzung der Sozialhilfe sind. Die SKOS handelt nicht im Sinne der Betroffenen, und ihr Auftritt in Luzern war widersprüchlich: Den Betroffenen wird das Geld gekürzt und die SKOS feiert ein grosses Fest unter dem Motto «moderner Sozialstaat». **Christophe Ditzler:** Wenn man die Homepage der SKOS anschaut, könnte man meinen, der Verband setze sich für die Betroffenen ein. Die Kürzungen der Sozialhilfe wurden allein auf politischen Druck der Städte Zürich, Basel und Bern

vollzogen. Die Kürzung ist also rein politischer Natur und nicht im Sinne der SKOS.

Ihre Opposition richtet sich aber direkt gegen die SKOS.

Christophe Ditzler: Ja, denn die SKOS hat den Grundbedarf gesenkt, obwohl auch ihr klar ist, dass die Mittel zu knapp sind. Grund dafür ist der Druck, den die drei Kantone wegen der steigenden Sozialhilfeszahlen ausgeübt haben. Es geht also nicht um Menschen, sondern ausschliesslich ums Geld. Die SKOS sollte die Menschen vertreten und nicht das Geld, ich erwarte von ihr, dass sie mehr Widerstand leistet.

Was wollten Sie mit Ihrem Auftritt in Luzern bewirken?

Brigitte Schneider: Unsere Verkleidung sollte darauf aufmerksam machen, dass Armutsbetroffene eine um sieben Jahre kürzere Lebenserwartung haben. Dies ist erwiesen – und man kürzt die Leistungen trotzdem. Wir wollten aufzeigen, dass hinter der Armut nicht nur die Krankheit, sondern auch der Tod steht. Uns ist dies immer bewusst.

Branka Goldstein: Die IG Sozialhilfe hat immer klar gemacht, dass das Existenzminimum gemäss SKOS – auch nach den alten Richtlinien – zum Leben nicht ausreicht. Die SKOS ist bloss ein ausführendes Organ, das ein Problem möglichst billig und effizient verwalten muss. Früher betonte man, dass die Sozialhilfe-Richtlinien lediglich für eine Überbrückungszeit gedacht seien. Heute, wo viele Menschen jahrelang von der Sozialhilfe leben müssen, passt man die Richtlinien gegen unten an. Ich habe übrigens die Jubiläumsschrift der SKOS gelesen und festgestellt, dass sich im letzten Jahrhundert kaum etwas verändert hat. Bereits vor hundert Jahren ging es um die Ein-



Christophe Ditzler: «Die SKOS sollte die Menschen vertreten und nicht das Geld, ich erwarte von ihr, dass sie mehr Widerstand leistet.»

Bilder: Mathias Leemann



Brigitte Schneider: «Wir bleiben so lange aktiv, bis man uns ernst nimmt.»



Branka Goldstein: «In den letzten hundert Jahren hat sich kaum etwas verändert.»

führung eines eidgenössischen Rahmengesetzes. Dieser Vorstoss wurde 1998 erneut von Nationalrätin Christine Goll gemacht. Ich sehe nicht, was die SKOS zu feiern hat. Das Ganze ist ein Trauerspiel. Vor allem auch, weil die SKOS nicht auf die Idee gekommen ist, den Betroffenen zum 100. Geburtstag des Verbandes eine Spezialzulage zu gewähren. Das wäre minimalster Anstand gewesen. Aber nicht einmal das ist möglich.

Welche konkreten Forderungen stellen Sie heute an die SKOS?

Brigitte Schneider: Die SKOS soll sich an ihr Leitbild halten und sich nicht politisch unter Druck setzen lassen. Zudem fordern wir ein Mitspracherecht für die Betroffenen. Wir möchten mit der SKOS zusammenarbeiten und nicht von ihr fremdbestimmt werden. Wir haben Stärken, wir könnten aktiv sein.

In welcher Form zum Beispiel?

Brigitte Schneider: Wir könnten Selbsthilfeprojekte fördern. Das wäre eigentlich auch eine Aufgabe der SKOS.

Christophe Ditzler: Das wäre eine grundlegende Aufgabe. Selbsthilfe als Unterstützung für Betroffene. Wir haben in diesem Bereich schon einiges initiiert – alles auf freiwilliger Basis.

Und wie könnte die Zusammenarbeit mit der SKOS konkret aussehen?

Christophe Ditzler: Die SKOS sollte diese Projekte finanziell unterstützen, denn wir haben keine Mittel. Eine weitere Forderung an die SKOS ist natürlich, dass die Sozialhilfeleistungen erhöht werden. Man sieht den Betroffenen an, dass sie arm sind – so findet man keine Arbeitsstelle. Ein wichtiger Punkt, den die SKOS aufnehmen sollte, ist die Arbeit, die ausgeht. Zukünftig werden noch viel mehr Leute von der Sozialhilfe leben. Aber die Diskussion dreht sich immer um die Frage: «Wer ist schuld?»

Sie sagen, die SKOS müsste die Sozialhilfe gegenüber der Politik verteidigen. Die SKOS ist aber die Politik. Sie besteht aus politischen Behörden und Fachpersonen aus der ganzen Schweiz. Sie sucht den Konsens – nicht zuletzt, um die Sozialhilfe zu sichern.

Branka Goldstein: Ja, das Know-how müsste eigentlich vorhanden sein. Dr. Schmid war ja für lange Zeit Chef des Sozialamtes von Zürich. Trotzdem geschieht genau das Gegenteil von dem, was man erreichen will. Nämlich Ausgrenzung statt Integration. Noch immer wird beim Sozialamt verlangt, dass Leute ihre Erstausbildung abbrechen und stattdessen arbeiten gehen. Obwohl man weiss, dass Leute ohne Ausbildung eine der grössten Risikogruppen sind. Man müsste die Kinder fördern und den Menschen alle möglichen Hilfestellungen anbieten. Die Langzeitfolgen der Sozialhilfe sind gravierend:

Tradierung der Armut, Kinderarmut. Wir fordern deshalb, dass die Sozialhilfe auf das Niveau der Ergänzungsleistungen bzw. Zusatzleistungen zu AHV/IV angehoben wird und Ausbildungen favorisiert werden, damit die Leute in der Gesellschaft bestehen können.

Die neuen Richtlinien setzen auf Integration und schaffen entsprechende Massnahmen. Es ist nicht so, dass Erstausbildungen abgebrochen werden müssen.

Branka Goldstein: Doch, es wird von den Leuten verlangt. Ich kenne zwei aktuelle Beispiele. Die Leute werden aufgefordert, am Kiosk, als Putzfrau oder als Papierkorbleerer arbeiten zu gehen. In den Richtlinien stehen ausschliesslich Gummibegriffe. Das öffnet der Willkür Tür und Tor.

«Die Diskussion dreht sich immer um die Frage: Wer ist schuld?»

Christophe Ditzler

Die Möglichkeiten der SKOS sind beschränkt. Die Kantone entscheiden, ob sie die Richtlinien anwenden wollen oder nicht. Ohne die SKOS-Richtlinien dürfte es für Betroffene noch schwieriger sein.

Branka Goldstein: Dieses Argument kommt immer: Es könnte noch schlimmer sein... – In der

ZU DEN PERSONEN

Brigitte Schneider ist Mitglied der Basler Armutskonferenz von unten und Präsidentin der Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung. Sie war über längere Zeit Sozialhilfebezügerin, nun lebt sie von einer IV-Rente.

Branka Goldstein präsidiert die IG-Sozialhilfe, die sie vor elf Jahren gegründet hat. Als allein erziehende Mutter war sie jahrelang von Armut betroffen. Branka Goldstein hat verschiedene Tätigkeiten im Gesundheits- und Sozialbereich ausgeübt und war längere Zeit arbeitslos.

Christophe Ditzler ist Sozialhilfebezüger. Er engagiert sich in verschiedenen Selbsthilfeprojekten und ist Mitglied der Basler Armutskonferenz von unten und der Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung.

Dritten Welt verhungern noch mehr Leute, das ist klar. Und dass es in der Schweiz keinen Hunger geben soll, das glaubt sogar die SKOS selbst noch. Tatsache ist aber, dass etwa 80 Prozent der Leute, die zur IG Sozialhilfe kommen, unterernährt sind, an Blutarmut leiden

sultat erzielt. Bei den Bürgerratswahlen haben wir alle kleinen Rechtsparteien überholt.

Branka Goldstein: Ich möchte noch eine andere Ebene ansprechen: Die Schweiz ist ein demokratischer Staat, die Organisation der Sozialhilfe ist jedoch absolut undemokratisch. Wir sind zwar SKOS-Mitglieder, doch auf unsere Anliegen wird überhaupt nicht eingegangen. In der Arbeitswelt zum Beispiel gibt es Gewerkschaften, an die man sich wenden kann. In der Sozialhilfe haben die Betroffenen keine Stimme – auch in der Vernehmlassung nicht. Im Rahmen der Richtlinienrevision haben wir uns selbst eingemischt. Es wurde jedoch an keiner Pressekonferenz erwähnt, dass die beiden Betroffenen-Organisationen gegen sämtliche Punkte der Revision sind.

In welcher Form möchten Sie mit der SKOS zusammenarbeiten?

Brigitte Schneider: Am besten wäre ein regelmässiger Kontakt in Form von Gesprächen. Es gibt aktuelle Fragen und individuelle Probleme, wo wir mit der SKOS die Auseinandersetzung suchen und Lösungen finden möchten. In Basel haben wir vielen Betroffenen geholfen, gegen die Kürzung des Grundbedarfs Rekurs zu machen. Eine Reduktion von 70 Franken scheint ein lächerlich kleiner Betrag. Den Betroffenen entsteht daraus aber ein Loch in der Kasse. Sie verzichten entweder aufs Umweltabonnement oder aufs Essen. Sie gehen nicht mehr aus dem Haus und vereinsamen, oder sie verzichten auf den Fernseher und sind dadurch in der Kommunikation eingeschränkt. Es ist ein ständiges Entweder-oder – ein permanentes Prioritätensetzen im Bereich der Existenz. Dazu kommt der Druck, den das Sozialamt auf sie ausübt. Man sagt den Betroffenen zwar, sie hätten ein Recht sich zu wehren. Wer aber gegen einen Entscheid Rekurs einlegt, wird sofort zu hören bekommen, dass er keine Chancen hat. Dies ist noch härter als die Kürzung selbst. Man wird entrechtet. Das verletzt sehr.

Was sagen Sie zum Stichwort Sozialschmarotzer?

Branka Goldstein: Es gibt solche, aber sie werden falsch geortet. Das sind nicht jene Menschen, die Sozialhilfe beziehen. Nein, das sind die Superreichen, die Millionäre und Milliardäre. Sie arbeiten zum Teil nicht und leben vom Vermögen. Daran stösst sich niemand.

Es gibt viele Leute, die sich daran stossen.

Branka Goldstein: Auf jeden Fall werden sie nicht als Sozialschmarotzer tituliert und stigmatisiert! Die Realitäten verschieben sich. Ich erlebe, dass die Ärmsten unserer Gesellschaft schwerste Traumatisierungen erleben, weil sie keine Stimme haben. Sie werden psychisch ausradiert, und wir haben riesige Folgeschäden, denn diese Leute sind nicht mehr integrierbar. Für mich ist nicht nachvollziehbar, weshalb sämtliche Studien, die das belegen, nicht in die Arbeit der SKOS und der Sozialämter einfließen. Die Leute werden zu IV-Fällen gemacht. Auf diese Umstände wollten wir mit unserer Aktion in Luzern hinweisen. Es handelt sich um einen existenziellen Angriff auf einen wachsenden Teil der Bevölkerung – sowohl psychisch wie auch physisch.

Was muss passieren, damit es die Armutskonferenz und die IG Sozialhilfe nicht mehr braucht?

Brigitte Schneider: Entweder gibt es mehr gut bezahlte Arbeitsplätze, was ich aber nicht glaube, oder wir suchen Lösungen. Man muss ein Grundeinkommen für alle einführen. Bis es so weit ist, sollen die Betroffenen unterstützt und gefördert werden. Es muss aufhören, dass man ihnen immer Steine in den Weg legt. Wir bleiben so lange aktiv, bis man uns ernst nimmt und mit uns zusammenarbeitet. Es wird weitere Gruppierungen wie unsere geben, denn es brodelt in der Schweiz.

**Das Gespräch führte
Monika Bachmann**

«Die Ärmsten unserer Gesellschaft erleben schwerste Traumatisierungen, weil sie keine Stimme haben.»

Branka Goldstein

und, und, und... – Das sind Menschen, die seit Jahren im so genannten unteren Segment leben, deren Eltern bereits ausgeschlossen waren. Noch schlimmer ist, dass man nicht einmal realisiert, dass die Leute todkrank sind. Man verlangt von ihnen, arbeiten zu gehen. Die SKOS-Richtlinien sind deshalb absolut weltfremd.

Warum stellen Sie Ihre Forderungen nicht auf politischer Ebene, da der Handlungsspielraum der SKOS bekanntlich beschränkt ist?

«Wer Rekurs einlegt, bekommt sofort zu hören, dass er keine Chancen hat. Man wird entrechtet.»

Brigitte Schneider

Christophe Ditzler: Die SKOS wird von den Politikern als Instrument missbraucht, das muss gesagt sein. **Branka Goldstein:** Wir machen in unserer sozialpolitischen Zeitung auf unsere Forderungen aufmerksam. Die Unterstützung, um ein eidgenössisches Rahmengesetz zu schaffen, fehlt auf politischer Ebene.

Brigitte Schneider: Wir versuchen natürlich, politisch aktiv zu sein. Deshalb haben wir eine eigene Liste gegründet und bei den Regierungs- und Grossratswahlen mitgemacht.

Christophe Ditzler: Mit 2,7 Prozent (Kleinbasel) haben wir ein gutes Re-